parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 17 — 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Mehr tun für den sozialen Ausgleich

3 Jahresempfang der Linksfraktion im Zughafen

4 Abeitslosenparlament zog im Landtag Bilanz

5 Entlastung bei der Pflege im Krankenhaus

Kommentar

Abgeschafft

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Frank Kuschel,
kommunalpolitischer Sprecher
Linksfraktion

Der Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags hat am 5. September den Weg zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Thüringen zum 1. Januar 2019 frei gemacht.

Dass der Landtagsausschuss ohne Gegenstimmen den Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen hat, ist ein wichtiges Signal an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger im Freistaat. Damit ist eine weitere Hürde genommen. Die Beiträge werden demnach rückwirkend zum Stichtag 1. Januar 2019 abgeschafft.

Nach dem am 12. September abschließend im Landtag zu beschließenden Gesetz erhalten Gemeinden für Straßenausbaumaßnahmen, die ab dem 1. Januar 2019 begonnen wurden, auf Antrag vom Land einen pauschalierten Betrag für die dann nicht mehr zu erhebenden Beiträge. Straßenausbaubeiträge, die erst nach dem 31. Dezember 2018 entstanden sind und die bereits durch die Beitragspflichtigen gezahlt wurden, werden unverzinst von den Gemeinden zurückgezahlt. Die Gemeinden erhalten für diese Rückzahlungen eine Erstattung.

Eine jahrzehntelang geführte Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn dieser Beiträge wird damit endgültig im Interesse Bürgerinnen und Bürger beendet.

Neuer Feiertag

Überall in Thüringen Feste zum Weltkindertag am 20. September

Mit zahlreichen Kinderfesten und Veranstaltungen überall im Land begeht Thüringen zum ersten Mal den neuen gesetzlichen Feiertag am Freitag, den 20. September. Auf Antrag der rot-rot-grünen Fraktionen hatte der Thüringer Landtag am 28. Februar mit dem Weltkindertag die Einführung eines weiteren gesetzlichen Feiertages beschlossen.

Es ist für uns ein zentrales und wichtiges Thema, dass Familien mehr Zeit füreinander haben“, sagte aus diesem Anlass die LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. „Dieser zusätzliche freie Tag wird den Kindern und ihren Eltern guttun. Die rot-rot-grüne Koalition will, dass der Kindertag nun eine gesamtgesellschaftliche Würdigung erhält. Kinderrechte sollen gestärkt und Mitbestimmung gefördert werden.“

Noch dazu ist das Jahr 2019 ein besonders gutes Jahr für die Einführung des neuen gesetzlichen Feiertages, denn es ist Kinderrechtsjahr. Seit genau 30 Jahren garantiert die UN-Konvention über die Rechte des Kindes allen Mädchen und Jungen unter anderem das Recht, ernst genommen und beteiligt zu werden. Doch noch immer werden Kinder überall auf der Welt zu wenig bei Entscheidungen berücksichtigt, die sie betreffen.

Der diesjährige Weltkindertag steht daher unter dem Motto „Wir Kinder haben Rechte!“. Der Kindertag, auch Weltkindertag, Internationaler Kindertag oder Internationaler Tag des Kindes, ist ein in über 145 Staaten der Welt begangener Tag, um auf die besonderen Bedürfnisse der Kinder und speziell auf die Kinderrechte aufmerksam zu machen.

Weg frei für juristische Klärung

Immunitätsaufhebung nach Protest gegen AfD-Aufmarsch

Der Justizausschuss im Thüringer Landtags hat am 6. September die Aufhebung der Immunität von Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, und ihres Fraktionskollegen Christian Schaft beschlossen. Anlass ist der Antrag der Staatsanwaltschaft Erfurt im Zusammenhang mit Ermittlungen zu einer Sitzblockade der Abgeordneten als Protest gegen eine AfD-Demonstration am 1. Mai.

Nun ist der Weg für eine juristische Klärung frei, die ich von Anfang an begrüßt habe. Wir sind der festen Überzeugung, dass friedliche Sitzblockaden eine zulässige Form des passiven zivilen Ungehorsams sind“, sagte die LINKE-Fraktionsvorsitzende. In diesem Zusammenhang verwiesen Susanne Hennig-Wellsow und Christian Schaft auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 7.3.2011), dass Sitzblockaden eine strafrechtlich unbedenkliche Demonstrationsform sein können.

„Angesichts dessen ist es wichtig, bezogen auf Thüringen grundsätzliche Klarheit zu schaffen“, so die Fraktionsvorsitzende der LINKEN weiter. „Bürgerschaftliches Engagement darf nicht kriminalisiert werden. Möglichst viele Menschen sollten bestärkt werden, sich menschenverachtenden und die Gesellschaft zerstörenden Aktivitäten zu widersetzen.“

An der Sitzblockade hatte sich auch der Linke-EU-Abgeordnete Martin Schirdewan beteiligt. Die drei Parlamentarierer waren von der Polizei zunächst ermahnt und dann von der Kreuzung geführt worden. Nach einer kurzen Unterbrechung konnte der AfD-Demonstrationszug seinen Weg fortsetzen.

Wie die Staatsanwaltschaft Erfurt mitteilte, gebe es auch einen Prüfvorgang gegen Schirdewan im Zusammenhang mit der Sitzblockade. Zuvor hatte die Zeitung „Neues Deutschland“ darüber berichtet. Ob bereits ein Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten gestellt wurde, wollte ein Sprecher der Behörde nicht sagen.

Das neue Thüringer Kindergartengesetz

Rot-Rot-Grün geht weitere Schritte hin zu guter frühkindlicher Bildung und Betreuung

Der Bildungsausschuss des Thüringer Landtags hatte jetzt den Weg für das neue Thüringer Kindergartengesetz freigemacht. Die mit den Stimmen der Abgeordneten der Regierungskoalition gefasste Beschlussempfehlung sieht eine Zustimmung des Landtags zur Gesetzesnovelle vor. Damit kann das Parlament abschließend darüber beraten und folgende wichtige Neuerungen beschließen:

Die vom Bund für den Freistaat im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes bereitgestellten Mittel werden genutzt, damit in Thüringen ab 1. August 2020 neben dem letzten auch das vorletzte Kita-Besuchsjahr beitragsfrei ist und die Betreuungsqualität in den Einrichtungen sowie die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher weiter verbessert werden. Das betrifft die Mindestpersonalschlüssel und die Betreuungsschlüssel für die Altersgruppe der vier- bis fünfjährigen Kinder sowie Modellprojekte zur praxisintegrierten Erzieherausbildung und zur Bildung von multiprofessionellen Teams an Kitas mit sozial schwierigem Umfeld.

„Zwei Jahre nach der Einführung des ersten beitragsfreien Kita-Jahres geht die rot-rot-grüne Koalition nun den nächsten Schritt in Richtung auf Abschaffung der Elternbeiträge. Wir stellen mit Beginn des neuen Kindergarten-Jahres im August 2020 auch das vorletzte Jahr im Kindergarten für alle Thüringer Kinder beitragsfrei. Das ist eine wichtige familienpolitische Maßnahme, die für die einzelnen Familien spürbare Entlastungswirkungen (bis zu 3.000 Euro im Jahr) mit sich bringt. Zudem verbessern wir die Anrechnung von Krankheits-, Urlaubs- und Weiterbildungszeiten für das Personal mit zusätzlichen ca. 300 Stellen in den Kindergärten“, sagte Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Skiarena Silbersattel

Wichtiges Signal

Die Entscheidung des Steinacher Stadtrates zum Ausbau der Skiarena Silbersattel ist ein wichtiges Signal für den Tourismus in Thüringen. Nach dem Abstimmen des Flächen- und Bebauungsplanes im April war dieser Grundsatzbeschluss nötig, damit die Fördermittel beantragt und zügig modernisiert sowie ausgebaut werden kann.Das Skigebiet wird zur Verbesserung des Bestandes u.a. eine Gondelbahn und einen Vierer-Sessellift bekommen.

Ich finde es wichtig, dass es jetzt ans Ärmelhochkrempeln gehen kann. Der Ausbau hat sich lange genug verzögert. Und ich hoffe, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner den Mehrwert für ihre Region erkennen. Hier geht es nicht nur um die Wirtschaftlichkeit des Silbersattels, sondern um die Verbesserung der wirtschaftlichen Effekte von Handel und Gewerbe in der Region. Es wird ein weiterer Meilenstein gesetzt zur Erhöhung der Attraktivität des Thüringer Waldes. Das Wirtschaftsministerium sollte unbürokratisch und zeitnah die notwendige Unterstützung geben. Oberste Priorität hat für mich die ganzjährige Nutzungsmöglichkeit. Nur so tragen sich diese Investitionen. Thüringen ist zu allen Jahreszeiten eine Reise wert. Das sollte sich in den Umbauten widerspiegeln, denn mit Blick auf die Klimakrise brauchen wir eine resiliente touristische Infrastruktur, die nicht vom verschneiten Fellberg abhängig sein darf.

Knut Korschewsky ist tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Nicht wegducken und auf die Tarifparteien verweisen

Strategie der Dumpinglöhne im Osten hat tiefe Spuren hinterlassen

In seinen Jahresgutachten untersucht der Paritätische Gesamtverband regelmäßig anhand von amtlichen Daten und der Bundesgesetzgebung, wie es um die soziale Lage und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland steht. Am 29. August hatte er das Jahresgutachten 2019 veröffentlicht, das vor allem auch die ungleiche Verteilung von Einkommenszuwächsen, die Vermögenskonzentration in den Händen Weniger und millionenfache Armut in Deutschland dokumentiert.

So sind die Einkommenszuwächse in Deutschland höchst ungleich verteilt ebenso wie die Vermögen. Die Einkommen des einkommensstärksten Zehntels der Bevölkerung sind zwischen 1991 und 2016 real, also kaufkraftbereinigt, um 35 Prozent gewachsen, die des einkommensärmsten Zehntels der Bevölkerung haben real um acht Prozent abgenommen.

Die LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow unterstrich die Forderungen des Paritätischen an die Bundespolitik, dass diese mehr als bisher für den sozialen Ausgleich tun müsse: „Hartz IV und der Mindestlohn müssen deutlich angehoben werden, wir brauchen eine Kindergrundsicherung, eine Grundrente, eine Vermögensteuer und vieles mehr. All das ist richtig und wichtig.“

Künftig sollten nur diejenigen Unternehmen Aufträge oder Investitionszuschüsse vom Staat erhalten, die ihren Beschäftigten einen Tariflohn zahlen. „Es wird höchste Zeit, dass sich die Politik dem Problem der wachsenden Lohnungerechtigkeit stellt. Wegducken und auf die Zuständigkeit der Tarifparteien zu verweisen, gilt nicht. Dort, wo Politik einen Beitrag zu einer höheren Tarifbindung leisten kann, die eine Grundvoraussetzung für gute Löhne ist, muss sie das auch tun. Und dann müssen wir auch den Widerspruch von denen aushalten, deren Geschäftsmodell auf Niedriglöhnen und der Flucht aus Tarifverträgen aufbaut“, betonte Susanne Hennig-Wellsow und kündigte an: „Wir werden uns in den Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl dafür einsetzen, dass jegliche Gelder, die vom Land und den Thüringer Kommunen an Firmen fließen, an die Bedingung geknüpft werden, dass die Unternehmen ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen.“

Zwar sei dies „an sich eine Selbstverständlichkeit. Aber die Strategie der Dumpinglöhne im Osten, die von Unternehmerverbänden und diversen Bundesregierungen nach 1990 gefahren wurde, hat tiefe Spuren hinterlassen. Wir haben in Thüringen – wie überall im Osten – nicht nur eine deutlich niedrigere Tarifbindung als im Westen. Unsere Löhne hinken auch durchschnittlich um mehr als 20 Prozent hinter den Westlöhnen her. Damit sind Kinderarmut, Altersarmut und Armut trotz Arbeit vorprogrammiert. Damit muss 30 Jahre nach der Wende Schluss sein!“, betonte die Fraktionsvorsitzende. Sie werbe dafür, „dass wir zukünftig nach dem Prinzip verfahren ‚Geld vom Staat nur bei Einhaltung von Tarifverträgen‘. Und ich erwarte auch, dass die Bundesregierung hier mitzieht. Die Thüringer Landesregierung hat in dieser Wahlperiode bereits in diesem Sinne gehandelt und bei Aufträgen des Landes die Zahlung von Tariflöhnen zur Voraussetzung gemacht. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen“. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, hatte u.a. gesagt: „Alleine jetzt die Vorschläge zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer sollen auf 10 bis 15 Milliarden hinauslaufen. Die Einkommenssteuer liegt jetzt bei 42 Prozent, die ist unter Kanzler Kohl von 56 auf 53 Prozent gesenkt worden und dann immer weiter gesenkt worden. Es werden pro Jahr in Deutschland 400 Milliarden Euro vererbt und die Erbschaftssteuer ist im unteren einstelligen Bereich dazu.“

„Wir sind bereit“

Jahresempfang der Linksfraktion im Erfurter Zughafen

Beste Stimmung und hunderte Gäste aus Politik und Gesellschaft beim Jahresempfang der Landtagsfraktion der LINKEN am 4. September im Erfurter Zughafen, herzlich begrüßt von der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und Moderator Björn Harras.

Welches rot-rot-grüne Projekt wohl das beste gewesen sei, wollte Björn Harras von Susanne Hennig-Wellsow wissen. Der Kindertag, der nun am 20. September in Thüringen Feiertag ist, da brauchte die Fraktions- und Landeschefin der LINKEN nicht lange überlegen.

Gregor Gysi, gerade von „phantastischen Wanderungen“ mit Bodo Ramelow und vielen Thüringerinnen und Thüringern zurück, zeigte sich überzeugt: „Die Menschen haben Vertrauen zu Bodo Ramelow, er bleibt Ministerpräsident“. Dies sei auch ein wichtiges Signal für den Bund. Gysi räumte ein: „Es war falsch, dass wir im Bundestag das Ost-Thema so wenig angesprochen haben.“ Dabei seien Gleichstellung und Gleichberechtigung von Ost und West „auf einer Höhe“ überfällig. So stehe Thüringen auf Platz vier der Industriearbeitsplätze in der Bundesrepublik, die Beschäftigten bekämen aber nur 70 bis 80 Prozent des Lohns im Westen. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Rente für gleiche Lebensleistung“, unterstrich Gysi die LINKE-Forderungen.

Und er sagte auch, dass er sich freue, dass „in Thüringen nun die Straßenausbaugebühren grundsätzlich gestrich werden, das wird höchste Zeit“. Mit Blick auf Krankenhäuser, Energie- und Wasserversorgung betonte der LINKE-Politiker: „Die öffentliche Daseinsvorsorge gehört nicht auf den Markt.“ Die Wirtschaft - privates und genossenschaftliches Eigentum -, bräuchten aber Rahmengesetze, damit die Rechte der Arbeitnehmer und der Konsumenten gewahrt würden.

Bodo Ramelow, der am Mittag zusammen mit Bildungsminister Helmut Holter (LINKE) und Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) den Vertrag zur Umsetzung des „Gute-KiTa-Gesetzes“ unterzeichnet hatte, betonte: „Heute ist ein guter Tag für Thüringen, für die Kinder.“ Es werde viel Geld in die Kindergärten investiert, in einen besseren Betreuungsschlüssel, in die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Das bald zweite beitragsfreie Kindergartenjahr in Thüringen sei „ein weiterer Schritt in die richtige Richtung“. Er kämpfe um das dritte Jahr, „weil ich möchte, dass Bildung und Betreuung prinzipiell beitragsfrei sind“. Erneut verwies der Ministerpräsident auf die „gar nicht selberständliche“ Tatsache, dass in Thüringer Kindergärten eine täglich Betreuungszeit von zehn Stunden abgesichert wird. In der Niedersachsen z.B. seien es lediglich vier Stunden und in Hessen sechs.

Weitere ihm wichtige Themen sprach Bodo Ramelow an, nicht zuletzt „die Waldkatastrophe“ – „wir werden viel, viel Geld in die Hand nehmen müssen, 500 Millionen in den nächsten zehn Jahren, um das grüne Herz zu verteidigen“. „Rot-Rot-Grün“, so zum Schluss seiner immer wieder von Beifall begleiteten Rede, „ist bereit, die angefangene Arbeit in den nächsten Jahren weiterzumachen“.

Ausbau der Schutzunterkünfte

Am 1. Februar 2018 ist das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die so genannte Istanbul-Konvention, in Deutschland in Kraft getreten. Seitdem arbeiten Bund und Länder an der Umsetzung. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Gleichstellungsausschuss im Thüringer Landtag mit dem Thema.

Aktuell gibt es in Thüringen neun Frauenhäuser sowie drei Frauenschutzwohnungen, die insgesamt 141 Plätze vorhalten. Im Jahr 2018 waren 330 Frauen und 332 Kinder in den Einrichtungen untergebracht. Auch für Thüringen ergeben sich aus der Istanbul-Konvention notwendige und weitreichende Aufgaben.

„Unter der rot-rot-grünen Regierung wurden bereits Schritte zur Umsetzung der Istanbul-Konvention eingeleitet. So sind die wieder eingerichtete Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt sowie die Erkenntnisse aus der daran angeschlossenen Monitoringgruppe Häusliche Gewalt gute Voraussetzungen für eine Gesamtstrategie des Landes Thüringen im Sinne der Istanbul-Konvention und einem dementsprechenden Ausbau des Gewaltschutzes“, sagte Karola Stange, Sprecherin für Gleichstellungspolitik der Fraktion DIE LINKE im Landtag.

Auch das von den rot-rot-grünen Fraktionen in Auftrag gegebene Thüringer Modell für eine vertrauliche Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt, welches von der Beauftragten für die Gleichstellung von Mann und Frau derzeit umgesetzt wird, ist ein wichtiger Teilschritt. „Rot-Rot-Grün hat in den Landeshaushalten stets darauf geachtet, dass die bestehende Infrastruktur der Frauenhäuser, Frauenschutzwohnungen und Interventionsstellen landesseitig finanziell gesichert werden konnte. Allerdings stoßen wir bei der Finanzierung und dem Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen an Grenzen. Dies liegt auch an der Mischfinanzierung durch Land und Kommune. Meine Partei schlägt deshalb vor, die Fördersystematik zu überarbeiten. Denn nur dadurch können wir die Istanbul-Konvention nachhaltig und bedarfsgerecht umsetzen“, so Karola Stange.

„Für die Linksfraktion im Thüringer Landtag ist klar, dass in der kommenden Legislatur noch weitere Schritte gegangen werden müssen. Wir wollen zu einer Gesamtstrategie kommen, welche die Breite des Gewaltschutzes im Sinne der Konvention abdeckt. Dies betrifft neben den Hilfsdiensten auch den Ausbau der Schutzunterkünfte sowie die Prävention.“

» Eingebürgert

Am 6. September wurden über 100 Neubürger zum 8. Einbürgerungsfest im Erfurter ComCenter begrüßt. Sie wurden im Zeitraum 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 eingebürgert und kamen schon vor vielen Jahren aus Ländern, wie Aserbaidschan, Thailand, Kuba, der Ukraine, Rumänien, Marokko, Vietnam, Syrien oder der Türkei, nach Deutschland. Im Jahr 2018 wurden 640 Zuwanderer (Europa - 295; Asien - 250; Afrika - 50; Amerika - 40) eingebürgert. Hauptherkunftsländer waren 2018 Vietnam (60), Rumänien (45), Syrien (30) und Russland (30). Die meisten Einbürgerungen finden in der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren statt. Viele Zuwanderer haben ihren Wohnsitz in Erfurt.

» Juniorwahlen

Im Vorfeld der Landtagswahl findet an zahlreichen Schulen die Juniorwahl für Schüler ab der Jahrgangsstufe 7 statt. Das Gesamtergebnis wird am Wahlsonntag, 27. Oktober, nach 18.00 Uhr unter www.juniorwahl.de veröffentlicht. Das Interesse ist in diesem Jahr besonders hoch. Beteiligten sich 2014 noch 12 Schulen, so waren es bei der Europawahl 2019 bereits 89 Thüringer Schulen. Für die Landtagswahl 2019 liegen aktuell bereits 162 Anmeldungen von Schulen vor. Teilnehmende Schulen werden auf Antrag mit jeweils rund 300 Euro unterstützt. Das Projekt steht unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Birgit Diezel und Bildungsminister Helmut Holter.

» Wahlbegleiter

„Landtags-Wahl - so geht das!“ ist der Titel einer in leichter Sprache verfassten Broschüre, die Menschen mit Behinderung als einfach verständlicher Wahlbegleiter auf dem Weg zur Landtagswahl am 27. Oktober 2019 behilflich sein soll. Sie wurde kürzlich von Landtagsprasidentin Birgit Diezel, dem Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderungen, Joachim Leibiger, und dem Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Franz-Josef Schlichting, vorgestellt. Bereits im Vorfeld hatte es eine hohe Nachfrage nach der Broschüre gegeben, so dass ihre Auflage vermutlich noch erhöht wird.
https://www.lztthueringen.de

Vorstand tagte in Treuhand-Ausstellung

Susanne Hennig-Wellsow: „Wir fordern die Einsetzung einer Enquetekommission“

Die beeindruckende Ausstellung der Rosa Luxemburg Stiftung „Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale“, die bis Ende August im Erfurter Kunsthaus zu sehen war, ist auf große öffentliche Resonanz gestoßen. Der Vorstand der Landtagsfraktion DIE LINKE führte eine Sitzung vor Ort in den Ausstellungsräumen durch.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow verwies auf die im Zentrum der Ausstellung stehenden dramatischen Erlebnisse und Erfahrungen, die Ostdeutsche Anfang der 1990er Jahre mit der verheerenden Politik der Treuhand gemacht haben, und unterstrich: „Wir werden uns mit dem Treuhand-Agieren und den für viele Menschen traumatischen Vorgängen und Folgen nicht abfinden. Wir glauben, dass das aufgearbeitet werden muss, weil diese Erfahrungen tief in das Gen der Ostdeutschen eingeschrieben sind.“
Die LINKE fordere daher die Einsetzung einer Enquete-Kommission, „damit in der nächsten Legislaturperiode die Machenschaften der Treuhandgesellschaft in Thüringen aufgearbeitet werden können“. Es gehe in diesem Zusammenhang nicht zuletzt darum, „den Ostdeutschen ein Stück Würde zurückzugeben“.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lässt Zeitzeug*innen zu Wort kommen, deren Lebensgeschichte durch das Agieren der Treuhandanstalt unmittelbar beeinflusst wurde. Sie waren zur Wendezeit beispielsweise Schlosser auf der Neptunwerft Rostock, Kranführerin im Stahlwerk Riesa, Maurer im Chemiekombinat Buna, Kumpel im Kaliwerk Bischofferode oder Fernsehelektronikerin in Oberschöneweide. Als lebensgroße Porträts treten sie den Besucher*innen in der Ausstellung buchstäblich auf Augenhöhe gegenüber und berichten von ihren Erfahrungen.

Weitere Termine und Ausstellungsorte: www.rosalux.de/treuhand

Tourismus

Ausbaufähig

Die neuesten Zahlen zur Entwicklung des Tourismus in Thüringen hat der LINKE-Abgeordnete Knut Korschewsky als ein klares Signal dafür gewertet, dass die Neuausrichtung der Landestourismusstrategie 2025 ihre Wirkung entfaltet. „Dass wir im letzten Jahr nach dem Superjubiläum 2017 mit dem Luther-Jahr nicht noch einmal mit mehr Übernachtungen auftrumpfen konnten, war allen Expertinnen und Experten klar. Doch der Trend zeigt nach oben.“
Die Zahl der Gäste in Thüringen ist im Vergleich zum ersten Halbjahr 2018 um 3,1 Prozent auf 1,8 Mio. gestiegen. Auch die Übernachtungszahlen der ausländischen Touristen legten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,5 Prozent zu. Insbesondere die Städte Eisenach, Jena und Weimar sowie das Saaleland, der Thüringer Wald und das Vogtland konnten die stärksten Zuwächse verbuchen. Lediglich die Verweildauer ist noch ausbaufähig. Sie blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant bei 2,5 Tagen.
„Wir erhoffen uns durch die Weiterentwicklung des Tourismusmanagements und die Neuordnung der sogenannten DMO (Destinationsmarketingorganisationen) Verbesserungen und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen. Thüringen hat so viel mehr zu bieten als in einem Kurztrip zu erleben ist. Wenn das den Gästen vor oder während ihres Aufenthalts noch konzentrierter und transparenter kommuniziert wird, werden Verweildauer und Wiederkehr auf das Niveau steigen, das uns vor Augen schwebt“, so Knut Korschewsky.

Engagement gewürdigt

Thüringer Arbeitslosenparlament mit Rekordbeteiligung

In der Sitzung des Thüringer Arbeitslosenparlaments am 9. September im Erfurter Landtag mit einer Rekordbeteiligung von mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde Bilanz gezogen, es wurden Schwerpunkte und in dieser Legislatur erreichte Ergebnisse bewertet. Dabei wurde auch die Möglichkeit genutzt, mit Ministerpräsident Bodo Ramelow über die Arbeitsmarktpolitik zu sprechen und es wurde das besondere Engagement von Rot-Rot-Grün in Thüringen gewürdigt.

Die Umsetzung eines unserer Kernprojekte, nämlich für Langzeitarbeitslose öffentliche Beschäftigung zu längerfristigen Konditionen in der Gemeinwohlarbeit zu ermöglichen, wurde besonders begrüßt“, resümierte Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitspolitik der Linksfraktion. 1.500 Menschen waren und sind in sozialen, kulturellen und Sportvereinen tätig, arbeiten z.B. in Tierheimen, in der Grünlandgestaltung, bei der touristischen Absicherung, in Museen, Parkanlagen sowie bei Festen oder sind als Gemeindearbeiter in Stadt und Land aktiv. Damit wird die Formel „Arbeit finanzieren, statt Arbeitslosigkeit“ mit Leben erfüllt. „30 Jahre nach der Wende müssen die noch bestehenden sozialen Unterschiede endlich überwunden werden“, betonte die Abgeordnete.

„Der Thüringer Weg findet große Anerkennung und trug dazu bei, den Anspruch auf Teilhabe letztlich auch in einem neuen Regelinstrument des SGB II auf Bundesebene festzuschreiben“, so Ina Leukefeld, die das Arbeitslosenparlament mehr als 15 Jahre direkt begleitet hat. Da sie nicht wieder für den Landtag kandidiert, nutzte sie die Gelegenheit, sich zu verabschieden und dankte dem ehrenamtlichen Parlament für die freundlich-kritische Zusammenarbeit. „Ich habe viel gelernt, die Meinung der Betroffenen, ihre individuellen Erfahrungen, ihre Kritik und ihre Vorschläge aufgegriffen. Sie widerspiegeln sich in Anfragen, Anträgen und Reden im Parlament. So verstehe ich das Miteinander von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit.“

Die LINKE Politikerin verwies darauf, dass seitens des Arbeitslosenparlaments „Vertrauen gewachsen ist, das nicht durch Populisten zerstört werden darf. Wir werden weiter für einen inklusiven Arbeitsmarkt eintreten, der Platz für alle hat. Schließlich wird jede und jeder in Thüringen gebraucht.“

Die Abgeordnete unterstützt eindringlich die vom Arbeitslosenparlament an die nächste Landesregierung gerichtete Forderung, die Arbeitsförderprogramme fortzusetzen und zu verstetigen. „Das Ziel GUTE ARBEIT und faire Arbeitsbedingungen bleibt bestehen. Nur so kann Politik gemeinsam mit der Wirtschaft und sozialen Dienstleistern das Fachkräfteproblem als eine zentrale Herausforderung für die Zukunft Thüringens meistern.“

Entlastung bei der Pflege

Pflegenotstand: Nach Jenaer „Aufschrei“ Krankenhausratschlag der LINKEN im Landtag

Groß war das Echo auf die Einladung der LINKE-Fraktionen aus dem Thüringer Landtag und dem Bundestag zu einem Krankenhausratschlag gegen den Pflegenotstand. Beschäftigte aus dem UKJ, dem Universitätsklinikum Jena, die mit ihrem „Aufschrei“ zu Jahresbeginn den Stein ins Rollen gebracht hatten, kamen am 3. September nach Erfurt in den Landtag, zusammen mit vielen anderen aus Thüringer Krankenhäusern und darüber hinaus.

Foto: © Linksfraktion Thüringen

Susanne Hennig-Wellsow erinnerte an die im Juni stattgefundene Fraktionssitzung vor Ort in Jena und wie die LINKE-Abgeordneten erschüttert waren über die dramatischen Berichte der Krankenschwestern und Pfleger – „wir konnten es gar nicht fassen“. „Lasst uns gemeinsam darüber nachdenken und Druck machen, wie Ihr in den Kliniken, die Gewerkschaften in den Tarifkämpfen und wir in der Politik die gemeinsame Sache guter Pflege entschieden voranbringen können“, so die LINKE-Fraktionsvorsitzende. Wie dringend dies ist, untermauerten die Wortmeldungen.

Ein Satz, den eine Mitarbeiterin aus dem Erfurter Helios-Klinikum sagte, tat besonders weh: „Wir sind unter diesen Bedingungen nicht mehr in der Lage, Empathie aufzubringen für die, für die wir da sein sollten.“ Daher gehen auch viele wieder raus aus dieser Arbeit. 67 Prozent, so ergab eine Thüringer Untersuchung, sind zehn Jahre nach Berufsbeginn nicht mehr im Krankenhausbereich tätig.

„Pflege heißt doch, für die Patienten da zu sein“

Petra Bergmann-Franke, seit vielen Jahren OP-Schwester am Universitätsklinikum Jena und ver.di-Aktive, sagte: „Wir pflegen am Limit, teilweise müssen zwei Schwestern 38 Patienten und mehr versorgen. Aber Pflege heißt doch, für jeden Patienten da zu sein, nicht, Profite einzufahren. Wir brauchen einen Entlastungs-Tarifvertrag, wir lassen uns nicht mehr vertrösten. Im Januar haben wir mit einer ver.di-Betriebsgruppe von acht Leuten angefangen, inzwischen sind es mehr als 600 Gewerkschaftsmitglieder. Das gesamte Klinikum ist auf den Beinen. Danke auch, dass die LINKE-Landtagsfraktion bei uns in Jena war, sich alles angehört hat und an unserer Seite steht. Wir haben eine Petition mit 1.307 Unterschriften dem Landtag übergeben und unsere Forderungen zur Klinikleitung gebracht. Und wir haben ein 100-Tage-Ultimatum gestellt, das am 12. Oktober endet. Die Klinikleitung will nun endlich in Verhandlungen gehen. Jena könnte zum Leuchtturm werden für alle Thüringer Krankenhäuser und darüber hinaus.“

Unterstützung kam während des Krankenhausratschlags auch aus der Landesregierung. So unterstrich Ministerpräsident Bodo Ramelow in seinem Grußwort grundsätzlich: „Der Mensch darf nicht auf eine Ertragsrechnung reduziert werden. Krankenhäuser und medizinische Angebote gehören nicht an die Börse, die Daseinsvorsorge muss eine öffentliche Aufgabe sein.“

„Es sind schließlich unsere Versicherungsbeiträge, unsere Steuergelder“

Und die LINKE Thüringer Gesundheitsministerin Heike Werner betonte: „Uns geht es um eine gute, bedarfsgerechte Personalausstattung im Bereich der Pflege.“

So wendet sich Thüringen jetzt mit einem weiteren Antrag zusammen mit Bremen an den Bundesrat, um das Pflegepersonalstärkungsgesetz am Bedarf der Pflege auszurichten. Unter Rot-Rot-Grün in Thüringen wurde ja bereits die Facharztquote eingeführt. Bemühungen, eine solche Quote auch für die Pflege festzulegen, scheiterten bisher. Entsprechende Volksbegehren in Bayern und Hamburg wurden von den Verfassungsgerichten zurückgewiesen, hier hätten die Länder keine eigene Kompetenz. Einem bereits von Thüringen gemeinsam mit Bayern gestellten Bundesratsantrag, eigene Personalquoten in der Pflege einzuführen, hatten nur drei Bundesländer zugestimmt.

Nachdrücklich ermutigte der LINKE Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg, seit zehn Jahren in der Gesundheitspolitik engagiert, nicht nachzulassen im Kampf für eine solidarische, gemeinwohlorientierte Krankenhausversorgung. Und er erinnerte daran, dass der Gesundheitsbereich schließlich finanzierte werde „mit unseren Versicherungsbeiträgen, unseren Steuergeldern“.

www.krankenhaus-statt-fabrik.de

Dramatische Fehlentwicklungen

Nadja Rakowitz vom Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, der auch dem Bündnis Krankenhaus statt Fabrik angehört, erinnerte beim Krankenhausratschlag in Erfurt an die Entwicklung des Gesundheitsbereichs in der Bundesrepublik im Zuge des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft.

1984 wurde das Gewinnverbot abgeschafft und es wurde den Konzernen die Möglichkeit gegeben, ordentlich Gewinne zu machen. Zudem seien in Ostdeutschland nach der Wende viel mehr Kliniken privatisiert worden als in Westdeutschland. So gebe es im Saarland kein privatisiertes Krankenhaus.

Die Wissenschaftlerin erläuterte, dass die Krankenhäuser gezwungen seien, zunehmend Geld in Investitionen zu stecken, statt ins Personal. „Die Logik der Krankenhausfinanzierung ist vollkommen auf den Kopf gestellt“, sagte sie. Zudem stünden Krankenhäuser, umgebaut zu Unternehmen, in Konkurrenz zueinander. „Kosten müssen gesenkt, beim Personal gespart werden, vor allem in der Pflege, und dies bei drastisch steigenden Fallzahlen ab den Jahren 2004/2005. Jetzt sind wir dabei, die Regelungen, die es schonmal gab, mühsam wieder zu erstreiten“, so Nadja Rakowitz. Die Zahl der Pflegekräfte in den Krankenhäusern in der Bundesrepublik sei von 350.000 auf 300.000 abgebaut worden.

Schon vor dem 2003 für deutsche Krankenhäuser eingeführten Abrechnungssystem der Fallpauschalen (engl. Diagnosis Related Groups, DRG) war vor dramatischen Fehlentwicklungen gewarnt worden: In den Krankenhäusern herrschen Personalnot, Über-, Unter- und Fehlversorgung. Bei den Entscheidungen über Behandlungen und Dauer des Krankenhausaufenthaltes wird nicht allein nach medizinischen Kriterien entschieden, sondern immer deutlicher danach, was sich gewinnbringend abrechnen lässt.

Nebenbei notiert

Gehandelt

KOMMENTAR VON
MDL TORSTEN WOLF

Was die aktuelle Diskussion um fehlende Grundschullehrer in Deutschland betrifft, möchte ich anmerken: Wir sind in Thüringen am Problem dran und haben bereits gehandelt.

Als erste Maßnahme haben wir die Personalabbaupläne der damaligen CDU-geführten Landesregierung gestoppt. Sie wollte in dieser Legislaturperiode 2.441 Lehrerstellen abbauen. Wir haben für junge Lehrer wieder Perspektiven eröffnet. Als zweiten Schritt haben wir die Voraussetzungen geschaffen und die Entscheidung getroffen, nach den Regelschullehrern, die bereits angeglichen sind, auch die Gehälter der Grundschullehrer zügig auf die Besoldungsstufe A 13 zu heben, sodass perspektivisch Gymnasiallehrer, Regelschullehrer und Grundschullehrerinnen und -lehrer in Thüringen gleich gut bezahlt werden sollen.

Drittens arbeitet die Landesregierung im Rahmen des Thüringenplans Bildung daran, weitere Attraktivitätshemmnisse für die Ergreifung des Lehrerberufes zu beseitigen und hat hier bereits viele Schritte umgesetzt. Dazu gehören bessere Einstellungsverfahren, ein aktives Gesundheitsmanagement oder der Abbau von Bürokratie.
Die Landesregierung befindet sich zudem in intensiven Gesprächen mit den Thüringer Hochschulen zur Zukunft der Lehrerbildung. Rot-Rot-Grün tut alles, um die Probleme in der Lehrerversorgung strategisch zu lösen und die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen. Die jüngsten Anmeldezahlen an den Universitäten für ein Lehrerstudium sind deutlich positiver als in den letzten Jahren und bestätigen uns in unserem Vorgehen.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Die Petition der Beamten

Polizeivorgangssystem ComVor soll weiterentwickelt werden

„Die Thüringer Polizei steht vor dem größten Datenbankenwechsel in ihrer bisherigen Geschichte“, hieß es in den Thüringer Medien hinsichtlich der ab Januar eingeführten neuen Software für die Bearbeitung aller Fälle. Jetzt hat am 30. August der Petitionsausschuss im Thüringer Landtag eine Petition von Polizeibeamten zum ComVor, der neuen computergestützten Vorgangsbearbeitung, abschließend behandelt.

Im Ergebnis der Befassung mehrerer Fachausschüsse gibt es nun einen Beschluss, wonach die Landesregierung angehalten ist, das Vorgangsbearbeitungssystem ComVor weiterzuentwickeln und die Anwenderfreundlichkeit für Bedienstete der Thüringer Polizei zu erhöhen“, sagten im Anschluss an die Sitzung Anja Müller, Sprecherin für Petition und Bürgerbeteiligung der Linksfraktion, sowie Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher.

Dabei sollen auch die Arbeitsgeschwindigkeit verbessert, die Integrationsfähigkeit von Bilddateien und die Kompatibilität mit anderen Anwendungen und entsprechenden Schnittstellen sichergestellt werden. Die Petition der Beamten hat sich damit bereits gelohnt.“

ComVor war am 1. Januar eingeführt worden. Die Vorbereitungen traf bereits die CDU-geführte Vorgängerregierung. Seit Inbetriebnahme bemängelten einige Beamte den unübersichtlichen, unlogischen Aufbau sowie zeitlichen Mehrbedarf. Das Innenministerium ist seitdem bemüht, das System zu verbessern.

Fehlerkultur etablieren

„Wir wollen motivierte Polizeibeamtinnen und -beamte, die ihren Job gerne machen. Daher ist es unverzichtbar, ihnen eine Arbeitsumgebung und ein System an die Hand zu geben, das verlässlich und ohne große Störungen funktioniert. Nur so wird sichergestellt, dass auch Ermittlungen sauber funktionieren. Daher wollen wir die Weiterentwicklung unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher sowie einsatz- und ermittlungstaktischer Aspekte“, so Steffen Dittes.

Teil des Beschlusses sind ebenso die weitere Unterrichtung des Innen- und Kommunal- sowie des Haushalts- und Finanzausschusses zum Betrieb des Recherche- und Lagedarstellungstools und weitere Anpassungen, Erfolge und Defizite bei ComVor. Zudem wurde vereinbart, im nächsten Jahr zum Umsetzungsstand der im Haushalt 2020 neu geschaffenen Stellen für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte im Bereich der Thüringer Polizei zu informieren, mit denen Rot-Rot-Grün Polizeivollzugsbeamte entlasten will.

Anja Müller ergänzte: „Wir bedanken uns bei den Polizistinnen und Polizisten, die nachdrücklich auf das Problem aufmerksam machten, insbesondere aber auch bei der Gewerkschaft der Polizei, die stellvertretend für die anonymen Petenten Rede und Antwort im Petitionsausschuss stand und konstruktive Vorschläge machte. Unser Ziel ist es, in der Thüringer Polizei eine breite Fehlerkultur zu etablieren, bei der Bedienstete keine Zweifel haben, Kritik und Änderungsbedarf auch offen kommunizieren zu können, und dass insgesamt ein Verständnis vorherrscht, wonach die Polizei an der offenen Aufarbeitung von Fehlern oder Problemen nur wachsen und profitieren kann.“

Promotion erfolgreich abgeschlossen

Erfolgreich abgeschlossen hat die LINKE-Abgeordnete Marit Wagler ihre Promotion „Effekte von abwasserinduzierten IonenImbalanzen auf die Reproduktion von Fischen am Beispiel von Danio rerio“.
Dabei ging es um die Auswirkungen der salzreichen Abwässer im Kalibergbau auf Süßwasserfische im Werra-Weser-Flusssystem. In der Studie hat sich die Biologin Marit Wagler auf die Modellfischart Zebrabärbling gestützt. Bei

den untersuchten Salzkonzentrationen, in Höhe der bestehenden als auch der zukünftigen abgesenkten Grenzwerte für Chlorid, Magnesium und Kalium, wurde eine starke Beeinträchtigung der Reproduktion, eine verminderte Reproduktionsleistung und die Beeinträchtigungen der Larval- und Embryonalentwicklung der Nachkommen festgestellt. Der Energieaufwand zur Anpassung an die unphysiologischen Salzkonzentrationen ist für die Fische zu groß, um eine ausreichende Reproduktion zu gewährleisten. Die Ergebnisse der Studie lassen darauf schließen, dass eine natürliche Reproduktion von Süßwasserfischpopulationen unter den untersuchten Grenzwerten nicht möglich bzw. stark beeinträchtigt ist.
Herzliche Gratulation in der Fraktionssitzung für Dr. Marit Wagler , im Foto mit der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und der Arbeitskreisleiterin Dr. Gudrun Lukin.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler